

Wer zahlt die Zeche?

Zum Verhältnis von Umwelt und Gesundheit

Als jemand, der seit fast drei Jahrzehnten zuerst im Umwelt- und dann im Gesundheitsbereich ehrenamtlich engagiert war und der in der letzten Dekade an eben der Schnittstelle von Umwelt und Gesundheit arbeitet, fällt mir in letzter Zeit eine merkwürdige Dichotomie auf. Einerseits scheint „Umwelt“ in weiten Kreisen der Bevölkerung „out“ zu sein, andererseits sind es gerade internationale und supranationale Institutionen wie die WHO oder die EU-Kommission, die mit Forderungen, Beschlüssen und Verordnungen die Akzente setzen.

Trotz der Umweltflaute waren so in den letzten Wochen die Medien voll mit öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatten. Dabei sind nicht nur Anhänger von Rot-Grün erstaunt, wie konservativ die Bundesregierung in diesem Umfeld agiert. So werden zwar die meisten Beschlüsse formell mitgetragen, aber inkonsequent umgesetzt.

Einige Beispiele:

- **Rauchen:** Die Bundesregierung hat jüngst am 6.4.05 auf der Auftaktveranstaltung zum Weltgesundheitstag 2005 „Mutter und Kind - Gesundheit von Anfang an!“ durch die Parlamentarische Staatssekretärin Marion Caspers-Merk „Eine rauchfreie Kindheit für alle“ versprochen und auch schon vor längerem das Framework on Tobacco Control der WHO unterzeichnet. Trotzdem ist sie im internationalen Vergleich Schlusslicht, wenn etwa eine weitere Einschränkung der Werbung, der Abbau der frei zugänglichen Zigarettenautomaten oder ein gesetzlich verankerter Nichtrauchererschutz in öffentlichen Räumen und Gaststätten verhindert wird. Welches Ausmaß an gesundheitlichen Schädigungen durch Tabak wird hier wissentlich in Kauf genommen?
- **Feinstaub:** Obwohl die Grenzwerte seit Jahren bekannt sind, die Initiative „Kein Diesel ohne Filter“ ebenfalls seit Jahren auf die Konsequenzen hingewiesen hat, sind weder von Seiten der Politik noch der Wirtschaft brauchbare Maßnahmen in Angriff genommen worden, die Überschreitung der Grenzwerte zu verhindern. Da die entsprechenden Messungen ebenfalls schon seit Jahren stattfinden, war man über das Niveau informiert. Nun reden die einen von Hysterie, die anderen beklagen die Unmöglichkeit der Einhaltung der Grenzwerte und die Autoindustrie fühlt sich diffamiert. Dies alles vor dem Hintergrund, dass die gesundheitlichen Schädigungen von Hunderttausenden im EU-Bereich wissenschaftlich unstrittig sind.
- **REACH:** Die Chemische Industrie tut so, als ob diese Verordnung ihr das Wasser abgraben würde. Was ist geplant? Nichts mehr als dass die Industrie eine Abschätzung der Umwelt- und Gesundheitsgefährdung der von ihr produzierten Stoffe selber durchführen und dokumentieren muss. In der Süddeutschen Zeitung v. 22.4.05 kann man lesen „Wacker findet Reach zu teuer“. Im Artikel erfährt der Leser, dass die Fa. Wacker befürchtet, in den nächsten 10 Jahren ca. 50 Mio € für REACH ausgeben zu müssen. Wenige Zeilen weiter teilt die Fa. mit, dass der Gewinn der Chemiesparte in 2004 ca. 262 Mio € betragen habe - mit REACH also „nur“ 252 Mio. Wo ist also das Problem? Es sollte doch nur recht und billig sein, dass die Folgekosten, die bislang von der Allgemeinheit und privat (wie z.B. bei den Holzschutzmittelgeschädigten) getragen werden mussten, nach dem Verursacherprinzip gerechter verteilt werden. Außerdem existieren seriöse Berechnungen z.B. vom Umweltbundesamt, die einen deutlichen volkswirtschaftlichen Nutzen von REACH prognostizieren, auch durch die Verhinderung von Gesundheitsschäden. Man darf gespannt sein, welcher Aufschrei durch die Medien geistert wird, wenn REACH „plötzlich“ verabschiedet ist.

Vor diesem Hintergrund muss man eigentlich jede Zuversicht fahren lassen, schaut man sich brisante umweltmedizinische Themen wie Mobilfunk oder MCS an. Man kann kaum ermessen, welche Anstrengungen und Fortschritte in der Forschung noch notwendig sein werden, um über ein vergleichbar unstrittiges Wissensniveau wie z.B. beim Feinstaub zu verfügen. Umso enttäuschender dürfte die Perspektive für die Betroffenen sein, sollte sich herausstellen, dass auch dies womöglich nichts ändern würde. Niemand würde den Abbau der dann als gesundheitsschädlich erkannten Sender bewirken. Auch in diesem Fall würde sich die öffentliche und politische Meinung über den „Preis für den Fortschritt“ verständigen und ein gewisses Schadensniveau akzeptieren. Letztlich realistisch bleibt nur der Streit über dieses Niveau, denn nur noch an dieser Schraube ließe sich drehen. Die individuelle Verantwortung würde weiterhin zu nehmen, denn wo individuell unbeeinflussbare und politisch akzeptierte umweltbedingte Gesundheitsgefährdungen immer gleichmäßiger und flächendeckender verteilt sind, spielen die Freiheitsgrade des Einzelnen paradoxerweise eine größere Rolle. Diese Freiheiten entsprechen allerdings letztlich den finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Familien. Das Thema „Umweltgerechtigkeit“, die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen entsprechend des Sozialstatus, dürfte ein Zukunftsthema werden.

